

**NIEDERSCHRIFT**  
**der 36. öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 02.08.2017**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste  
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:15 Uhr  
Ende: 18:50 Uhr

**Bestätigte Tagesordnung**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Finanzausschusses
- TOP 5 Optionserklärung zum Umsatzsteuergesetz 123/2017
- TOP 6 Information zum Haushalt 2018
- TOP 7 Mitteilungen und Anfragen

**Nichtöffentlicher Teil**

- TOP 1 Information zu Hebesteuersätze 2018
- TOP 2 Kauf der Grundstücke von der E. und R. Müller Grundstücks GmbH & Co.KG 138/2017
- TOP 3 Mitteilungen und Anfragen
- TOP 4 Schließung der Sitzung

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Herr Risch, Ausschussvorsitzender, eröffnet die 36. Sitzung des Finanzausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 11 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

**2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **4. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Finanzausschusses**

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 14.06.2017 gilt somit als anerkannt.

### **5. Optionserklärung zum Umsatzsteuergesetz**

Herr Risch geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein und erläutert kurz den Sachstand. Des Weiteren wurde den Mitgliedern am 02.08.2017 per E-Mail ein Schreiben des Städte- und Gemeindebunds zur Information zugesandt. Nach eingehender Prüfung ist die Stadtverwaltung zum Entschluss gekommen, die Optionserklärung zurückziehen und somit ab dem Jahr 2017 Umsatzsteuer zu erheben. Die Umsatzsteuer wird nur für Dienstleistungen erhoben, die auch ein Dritter erbringen kann, wie z.B. Vermietungen von Garagen.

Hoheitliche Aufgaben sind nicht betroffen und bleiben unberührt (z.B. Kita-Gebühren, Verpachtungen).

Zum 01.01.2018 werden dafür vertragliche Anpassungen, vor allem bei den ca. 270 Mietverträgen für Garagen, erfolgen. Der Mietpreis oder sonstigen Einnahmen die Umsatzsteuerpflichtig sind werden um 7 % bzw. 19 % erhöht.

Die Kosten für das Jahr 2017 werden aus dem laufenden Haushalt finanziert.

Durch die Mitglieder wird kritisiert, dass bereits in der 30. KW in verschiedensten Zeitungen darüber berichtet wurde. Bürger sind bereits auf einzelne Ausschussmitglieder zugekommen und haben nachgefragt.

Sie sind der Meinung, bevor so ein Thema an die Öffentlichkeit getragen wird, sollte zumindestens im Ausschuss darüber beraten worden sein.

Herr Risch entschuldigt sich für das verfrühte veröffentlichen in den Zeitungen, dies war so nicht geplant.

Herr Kungl bittet um Auskunft, auf was alles eine Umsatzsteuerpflicht besteht. Er fragt nach, ob in der Verwaltung bereits alle Aufgaben/Leistungen aufgelistet worden sind. Nach Aussage des Oberbürgermeisters wird dies derzeit geprüft und nach Abschluss aufgelistet werden.

Es erfolgt die Abstimmung.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels zu beschließen:

Hiermit erklärt die Stadt Weißenfels die Rücknahme der Optionserklärung vom 15.12.2016 zur fortgesetzten Anwendung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung entsprechend Übergangsregelung in § 27 Absatz 2 UStG

und erklärt gleichzeitig die Anwendung des § 2b UStG (Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 vom 2. November 2015, BGBl. I S. 1834) zum 1. Januar 2017.

Abstimmung:            dafür: 10                    dagegen: 0                    Enthaltungen: 1

## **6. Information zum Haushalt 2018**

Derzeit ist der Haushaltsplan 2018 in Planung, berichtet Herr Risch. Jedoch muss aufgrund von niedrigeren Zuweisungen vom Land Sachsen-Anhalt mit einem Defizit gerechnet werden. Gespräche mit dem Finanzministerium Sachsen-Anhalt sind angestrebt, da die niedrigeren Zuweisungen nicht nachvollzogen werden können.

Weiterhin liegen Mehrkosten im Bereich Personal vor. Bis jetzt wurden schon 10 neue Erzieher in der Verwaltung eingestellt. Die Verwaltung erwartet in diesem Jahr eine Änderung des KiföG, damit könnte nach 3-jähriger gleichbleibender Kita-Gebühr eine Anpassung erfolgen. Solange diese Änderung jedoch nicht vorliegt, kann keine neue Kalkulation der Kita-Gebühren erfolgen.

Herr Risch sieht noch keinen Haushaltsbeschluss im Dezember 2017, lediglich die Haushaltsberatungen und –diskussionen sollten in diesem Zeitraum geführt werden. Gleichzeitig gibt Herr Risch die Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2017 für den Eigenbetrieb bekannt.

Herr Rauner macht auf einen transparenten Umgang aufmerksam und fordert, nicht im Bereich „Bildung“ Kosten einzusparen.

## **7. Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen Oberbürgermeister:

- Vorstellung Stellenplan 2018 im Hauptausschuss am 07.08.2017

Robby Risch  
Vorsitzender

Sophie Münx  
Protokollführerin